

Wirtschaft im Umbruch – Ansätze zu einer feministischen Sicht Mascha Madörin

Hier ist das PPP von Referaten von Nov.-Dez 2009 teilweise bloggartig ergänzt: Die hier aufgeführten Punkte umfassen mehr als in den einzelnen Referaten dargestellt wurde.

Es handelt sich um eine Art Werkstattbericht oder "Work in progress", um bruchstückhafte wirtschaftstheoretische und –politische Überlegungen aus feministisch-ökonomischer Sicht, sie sind sehr lückenhaft. Es geht um den Versuch, Resultate quantitativer Untersuchungen im Rahmen einer UNRISD-Studie (s. weiter unten) so zu systematisieren und weiter zu entwickeln, dass sie in einen Zusammenhang mit aktuellen wirtschaftspolitischen Diskursen gebracht werden können. Nicht enthalten sind hier meine Referate zum Finanzsystem, zur Finanzkrise und ihren Auswirkungen, zur Finanzkrise à la suisse und zur UBS.

Die Daten werden nochmals revidiert, weil sich Berechnungen beim Bundesamt für Statistik seit 2006/7 verändert haben und ich ein paar Schätzungen nochmals genauer ansehen will (bis Jan/Feb 2010). Aber die Argumente und ökonomischen Grössenordnungen bleiben dieselben.

Der makro- und meso-ökonomische Diskussions-, Forschungs- und Theoriebedarf aus der Sicht der feministischen Ökonomie wäre sehr gross, umso ärgerlicher, dass so wenig Zeit und Geld dafür aufgewendet wird.

Eingeschränkte Zirkulation ok. Nachfragen: mmadörin@bluewin.ch. Kommentare willkommen!
© Mascha Madörin, Dez 2009

Inhalt

Teil I: Care Ökonomie im Zentrum feministischer Ökonomiedebatten

0. Einleitung zu neuen Entwicklungen der feministischen Ökonomietheorie
1. Ausgangspunkt einer feministischen Ökonomie - wichtige meso/makroökonomische Aspekte

Teil II: Aktuelle wirtschaftspolitische Debatten – Ansätze einer feministischen Kritik

2. Kurzer Überblick: Analysen und Forderungen internationaler Frauennetzwerke
3. Keynesianische Argumente aus feministischer Sicht
4. Plädoyer für eine offensive Zukunftsdebatte

Teil I: Care Ökonomie im Zentrum feministischer Ökonomiedebatten

0. Einleitung: Neue Entwicklung der feministischen Ökonomietheorie

- **Finanz- und Wirtschaftskrise 1980er Jahre: Beginn einer neuen Debatte**
- **Neue Fragen zur Care-Ökonomie werden aufgerollt: stark an aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen orientiert**

Die neuen Debatten haben anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrisen der 1980er Jahre in Lateinamerika, Asien und Afrika begonnen. Es gibt auch etliche Studien zur Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Frauen in Südost-Asien Ende der 1990er Jahre. Aufgrund dieser Debatten wird von Frauennetzwerken und auch von UNO-Institutionen ein Gender Mainstreaming in der Wirtschafts- und Finanzpolitik verlangt, ebenso auch ein Gender Budgeting für öffentliche Finanzen.

Der analytische und wirtschaftstheoretische Knackpunkt bleibt aber die ökonomische Analyse der bezahlten und unbezahlten Care Ökonomie und ihres Zusammenhangs mit dem Rest der Wirtschaft.

Heute verfügbar: viel mehr Studien und Daten

Die hier präsentierten Statistiken beruhen auf (provisorischen) Resultaten, die im Rahmen einer UNRISD-Studie zur Schweiz von M. Madörin berechnet wurden: UNRISD (UN Research Institute for Social Development; UN Forschungsinstitut zur sozialen Entwicklung) hat eine Forschung zur „politischen und sozialen Ökonomie von Care“ in verschiedenen Ländern initiiert und koordiniert: in Tanzania, Südafrika, Nicaragua, Argentinien, Indien, Südkorea, Japan und der Schweiz (s. dazu auch Seite 3). Nadia Baghdadi und Mascha Madörin haben zur Schweiz 4 Forschungsberichte verfasst. Der Schlussbericht wird von Brigitte Schnegg, Nadia Baghdadi und Mascha Madörin herausgegeben. Die 5 Berichte befinden sich in der letzten Phase der Überarbeitung und werden dann veröffentlicht (die 4 Forschungsberichte nur in Englisch).

Die hier präsentierten Graphiken stellen Resultate einer „Durchquerung“ vorhandener Statistiken dar. Bei Quantifizierungen geht es immer um zwei Probleme: 1. Welche Kategorien werden verwendet und sind sie adäquat für die Fragestellungen – ein schwieriges Thema, wenn es um die Care-Ökonomie geht. 2. Welche theoretischen Vorstellungen stehen hinter den verfügbaren Statistiken? 3. Wegen mangelnder geeigneter statistischen Unterlagen mussten teilweise sehr grobe Schätzungen gemacht werden (ist bei den Daten angegeben). Diese Resultate müssen deshalb als Hinweis auf wichtige Aspekte der politischen und sozialen Ökonomie von Care angesehen werden und nicht als statistisch genügend genaue Angaben.

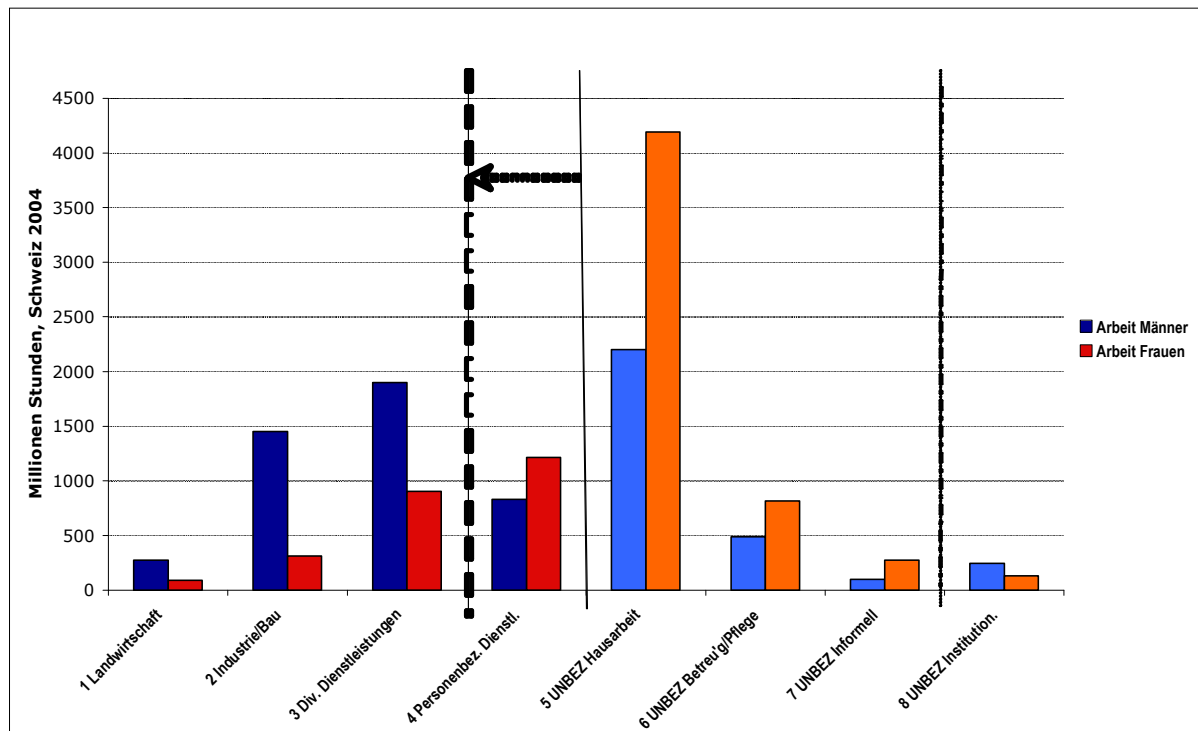
1. Ausgangspunkt einer feministischen Ökonomie –Elemente wichtiger meso/makroökonomische Aspekte

Auswahl der folgenden 4 Beispiele: Relevanz für die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte zur Finanz- und Wirtschaftskrise.

1.1. Die Wirtschaft und die “andere Wirtschaft”: Größenordnungen

Graphik 1: Vom Konzept der unbezahlte Arbeit zur „anderen Wirtschaft“, dargestellt in Arbeitsvolumina in der Schweiz (2004)

Volumen der bezahlten und unbezahlten Arbeit in Millionen Stunden



Quelle: Bundesamt für Statistik, SAKE (Schweizerische Arbeitskräfteerhebung) Modul unbezahlte Arbeit, AVOL (Arbeitsvolumenstatistik); die personenbezogenen Dienstleistungen enthalten das Unterrichtswesen, das Gesundheits- und Sozialwesen, das Gastgewerbe, den Detailhandel (Arbeitsvolumen für den Detailhandel aufgrund der Beschäftigungsstatistik) geschätzt.

Erklärungen zur Graphik

- Das *Volumen der unbezahlten Arbeit* bezieht sich auf die ständige Wohnbevölkerung (ohne Asylsuchende, Sans Papiers etc.) ab 15 Jahren; das Volumen der bezahlten Arbeit auf Personen ab 15 Jahren, die eine Stunde pro Woche und mehr in der Schweiz arbeiten (also inklusive PendlerInnen aus dem Ausland).

- *Personenbezogene Dienstleistungen (4)*: Folgende Wirtschaftszweige wurden mitgezählt: das Gesundheits- und Sozialwesen, das Gastgewerbe, das Unterrichtswesen und der Detailhandel/Reparaturen von Gebrauchsgütern, Dienstleistungen in privaten Haushalten. Diese bezahlten Bereiche müßten genauer differenziert werden (HochschulprofessorInnen sollten wohl kaum dazu gezählt werden). Die Abgrenzungen werfen etliche theoretische Fragen auf. Hier wurden die statistischen Abgrenzungen durch die NOGA-Wirtschaftsabteilungen angewendet:

- Detailhandel: Das Arbeitsvolumen der Kategorie ist aufgrund der Beschäftigungsstatistik (3. Q. 2007) geschätzt.

- Unterrichtswesen: Weil die Arbeit über die Wochen und innerhalb der Wochen ungleich aufgeteilt ist, veröffentlicht das BFS die Zahlen zum Arbeitsvolumen beim Unterrichtswesen neuerdings nicht mehr; die hier benützten Zahlen beruhen auf Online-Daten des BFS von 2007.
- *Unbezahlte Hausarbeit (5)*: Alle unbezahlte Hausarbeit, die von den BewohnerInnen in ihrem Haushalt geleistet wird, inklusive Hausarbeit für Kinder und Kranke.
- *Unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit (6)*: Alle direkte Arbeit mit Kindern (Babies wickeln, mit Kindern spielen, Hausaufgaben machen etc.). Nicht enthalten ist die Präsenzzeit und das Multitasking (Kind spielt in der Küche während ich koche). Beides eingerechnet würde laut Berechnungen in Australien etwa das Vierfache des oben dargestellten Zeitvolumens ausmachen.
- *Unbezahlte Arbeit als „informelle Freiwilligenarbeit“ (7)*: Alle unterstützende Arbeiten, die für Personen, seien es Verwandte, FreundInnen oder Bekannte, *die in andern Haushalten leben*, geleistet wird.
- *Unbezahlte Arbeit als „Institutionalisierte Freiwilligenarbeit“ (8)*: Ehrenamtliche Arbeit in Parteien, Interessensverbänden, Sport, Gemeinden, Kirchen, karitativen Institutionen, Freiwilligenarbeit in Altersheimen etc. Nur ein kleiner Teil dieser Arbeit kann zur Care-Ökonomie gezählt werden und wird meistens von Frauen ausgeführt. Männer sind vor allem in Sport, Politik und Interessensverbänden und -vereinen ehrenamtlich tätig.

Verschiedene Begriffe, die gegenwärtig in Gebrauch sind

Je nach Fragestellung und theoretischer Herangehensweise anders, auch statistisch anders definiert:

- **Die andere Wirtschaft** (the “other economy”, welche auf die “maintenance of human beings“ ausgerichtet ist, Susan Donath)
Donath, Susan (2000): The Other Economy. A suggestion for a Distinctively Feminist Economics, in: Feminist Economics, vol. 6, No. 1, 115-125
- **Care Ökonomie** (UNRISD)
Razavi, Shakra (2006): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options. UNRISD United Nations Research Institute for Social Development, Gender and Development Programme Paper Number 3, Geneva
- **Sorge- und Versorgungswirtschaft** (Ulrike Knobloch et al.)
- **Lebensweltökonomie** (Ulrike Knobloch et al.)
Ein sehr aufschlussreicher Artikel befindet sich in Olympe, feministische Arbeitshefte zur Politik, Nr. 30, die Mitte Dezember 2009 herauskommt. Ebenso dazu siehe: www.gunda-werner-institut.de, →Knobloch Jochimsen, Maren A./ Knobloch Ulrike (2006): Lebenswelt als Ort wirtschaftlicher Globalisierung. In: Jochimsen, M. A./ Knobloch U.: Lebenswelt als Ort wirtschaftlicher Globalisierung. Bielefeld: Kleine Verlag, 9-19
- **Social Provisioning** (Marilyn Power)
Power, Marilyn (2004): Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. In: Feminist Economics, vol.10, no. 3, 3-19
- **Subsistenzwirtschaft** (Maria Mies)

- Es gibt verschiedene theoretische Ansätze, wie der Zusammenhang zwischen der Wirtschaft und der „anderen Wirtschaft“ und wie die „andere Wirtschaft“ selbst analysiert wird. Aber alle feministischen Ökonominen gehen davon aus, dass es sich in diesem Sektor um ein Wirtschaften nach andern Gesetzmässigkeiten handelt als wie sie in Wirtschaftstheorien normalerweise angenommen werden.

- Care Ökonomie UNRISD: alle bezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit für Kinder und Erwachsene, alle unbezahlte Arbeit, die sich direkt auf das Wohlergehen von Menschen bezieht (vor allem unbezahlte Hausarbeit) und unbezahlte Care Arbeit. Bei Care unterscheidet Shakra Razavi direkte Betreuungs- und Pflegearbeit, unterstützende Arbeit (wie kochen) und Verantwortung.

- Die „andere Wirtschaft“ war schon immer sehr gross. Im 19. Jahrhundert bis weit ins 20. Jrh. haben Frauen beispielsweise in England mehrheitlich ihr Geld unter unterschiedlichsten Verhältnissen in diesem grossen Wirtschaftsbereich verdient (siehe z.B. die Artikelsammlung von Eleonore Davidoff in „Worlds Between. Historical Perspectives on Gender & Class“,

Cambridge/Oxford: Polity Press, 1995). Aber weder gibt es eine Theorie dieser Ökonomie noch eine ausgearbeitete Wirtschaftsgeschichte.

- Es stellt sich die Frage, ob nicht von verschiedenen „anderen Wirtschaften“ ausgegangen werden sollte, z.B. was die Umweltökonomie, was die sog. „Wissensgesellschaft“ anbelangt oder die ökonomischen Voraussetzungen von Demokratie etc. Sicher ist, dass das „Social Provisioning“ ein sehr wichtiger Teil des Wirtschaftens von Gesellschaften ist, was den Zeitaufwand anbelangt, grösser als alles andere.

Grössenordnungen (hier der „anderen Wirtschaft“ oder des „Social provisioning“)

- **Anteil an Erwerbsarbeit in der Schweiz:**
Frauen 50% Männer 20%
- **Anteil an der gesamten Arbeit:**
Frauen über 80% Männer 50%

Diese sehr grob berechneten Grössenordnungen erstaunen. Die „andere Wirtschaft“ ist, was das Arbeitsvolumen anbelangt, grösser als der Rest der „Wirtschaft“. Wir wissen alle, dass diese „andere“ Wirtschaft sehr wichtig für unsere Wohlfahrt ist.

Die „andere Wirtschaft“ wurde in den verschiedenen wirtschaftstheoretischen Traditionen entweder als etwas Nichtwirtschaftliches, als soziale Frage und unter der Rubrik „Sozialstaat“, als Familienarbeit etc. thematisiert, oder in moderneren Debatten nur unter dem Aspekt von „Kosten“, oder dann meistens überhaupt nicht. Gender-Mainstreaming-Ansätze und Kapitalismus kritische Analysen befassen sich meist mit den *Auswirkungen* wirtschaftlicher Entwicklungen und wirtschaftspolitischer Massnahmen und Regelungen auf die sozio-ökonomische Situation von Frauen, auf Geschlechterverhältnisse, auf partielle Aspekte der Care Ökonomie, *aber nicht systematisch auf die Care Ökonomie als Wirtschaftsbereich*. Etliche feministische Ökonominen sehen die Care Ökonomie/ Sorge- und Versorgungswirtschaft als eigenständige Ökonomie, mit einer speziellen ökonomischen Logik, Geschichte und daher spezifischen „Artikulation“ mit dem, was wir gewöhnlich als „Wirtschaft“ bezeichnen. Die hier präsentierten Daten stellen einen Versuch dar, diesen Anspruch für eine wirtschaftspolitische Debatte operabel zu machen.

Wichtige Punkte, in welchen sich die „andere Ökonomie“ von der Ökonomie unterscheidet

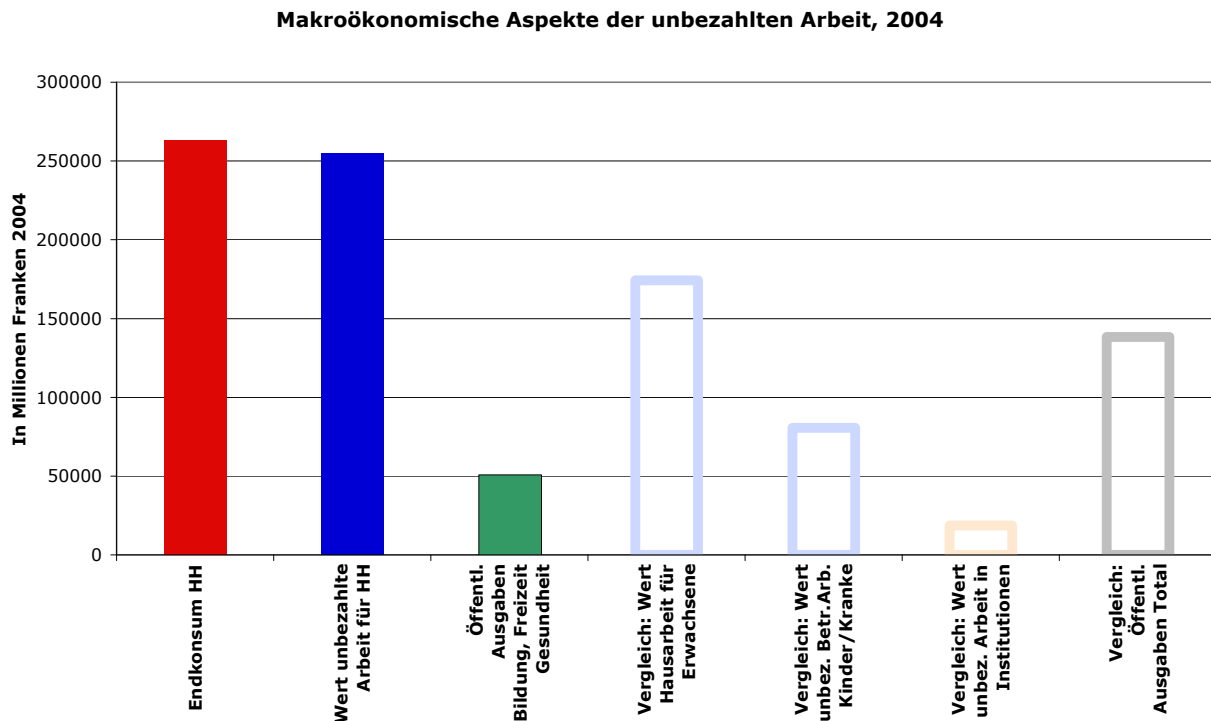
- **Grundlegend für Existenzsicherung, enger Bezug zu den Menschenrechten**
- **Wichtiger Faktor für Lebensstandard der Haushalte und soziale Sicherheit**
- **Arbeit der Frauen zentral in diesem Bereich**
- **Arbeits- und Austauschverhältnisse**
 - **Subjekt-Subjekt-Beziehung im Arbeitsprozeß**
 - **Direkt gerichtet auf Wohlergehen/Versorgung von Menschen, nicht auf Produktion für „anonymen“ Markt, selbst wenn es sich um Arbeit in for-profit-Unternehmen handelt**
 - **Zeitökonomie und Arbeitsproduktivität**
 - **Meistens Dienstleistung nicht Produktion eines Gutes,**
- **Kaufkraftlogik und Rolle des Staates**
- **Andere Geschichte der Ausbeutungs- und Herrschaftsformen**

Makro- und mesoökonomische Zusammenhänge müssen anders analysiert werden, ebenso die Arbeits- und Austauschverhältnisse. Letzteres halte ich für zentral, wegen der Intersubjektivität der Leistungen. Arbeitsprozesse in der Wirtschaftstheorie (auch der marxistischen) wurden

immer als Arbeitsprozesse der Güterproduktion und damit als Subjekt-Objekt-Prozesse gedacht, ebenso die damit verbundenen Ausbeutungs- oder auch Markttheorien. Dazu kommt, dass die moralische Ökonomie wegen der Tatsache, dass es um elementare Fragen des Lebens und Überlebens (s. dazu auch die oben erwähnten Artikel von Ulrike Knobloch) geht, eine andere Rolle spielt als bei einer Güterproduktion, die (vielleicht) den Wohlstand erhöht, aber nur zum Teil lebensnotwendig ist. Aus meiner Sicht handelt es sich hier um grundlegende, theoretische Fragen, die speziell diskutiert werden müssen. Linda McDowell gehört zu den britischen feministischen Geographinnen/Arbeitssoziologinnen, welche seit Jahren zur Frage der Besonderheiten personenbezogener Dienstleistungen arbeitet, allerdings kommen bei ihr meiner Ansicht nach die Fragen der Subjekt-Subjekt-Beziehung etwas zu kurz, die Analysen sind sehr stark auf die Dienstleistenden selbst ausgerichtet. Sie geht davon aus, dass es sich bei personenbezogenen Dienstleistungen um eine andere Art von Körpereinsatz geht als bei der Güterproduktion. Soeben ist von ihr ein Buch mit einer interessanten theoretischen Einleitung erschienen in: Linda McDowell (2009): Working Bodies. Interactive Service Employment and Workplace Identities, West Sussex UK: Wiley-Blackwell.

1.2. Die Wirtschaft und die «andere Wirtschaft»: Lebensstandard

Graphik 2: Die Wichtigkeit der unbezahlten Arbeit für den Lebensstandard: Wert der unbezahlten Arbeit (2004) verglichen mit den Konsumausgaben (2005)



Wert der unbezahlten Arbeit: 2004: Bundesamt für Statistik, SAKE - Modul unbezahlte Arbeit; Konsumausgaben: Input-Outputanalyse 2005. Zusammenstellung MMadörin

Wert der unbezahlten Arbeit : Wieviel würde die Arbeit kosten, wenn sie bei einem mittleren Lohn für diese Arbeit bezahlt gemacht würde? Etliche statistische Probleme: Präsenzzeiten sind nicht drin, ebenso nicht Multitasking (Kind spielt in der Küche während ich koche), ebenso überschätzen Männer unbezahlte Arbeit, Frauen unterschätzen sie. Die blaue Säule enthält nicht die unbezahlte Arbeit in Institutionen, weil nicht klar ist, was davon zur Care Arbeit gezählt werden kann. Die ersten zwei Säulen mit blauen Umrissen zeigen die Zusammensetzung der blauen Säule: Links die Hausarbeit, welche von arbeitsfähigen Erwachsenen für sich selber oder andere arbeitsfähige Erwachsene

(ab 15 Jahren) gemacht wird, die kleinere Säule zeigt den Wert der Betreuungsarbeit (inkl. geschätzte Hausarbeit) für Kinder und für kranke und gebrechliche Erwachsene. Die Säule ganz rechts enthält alle Staatsausgaben von Bund, Kanton und Gemeinden.

Diese, statistisch gesehen, etwas problematische Tabelle zeigt die Grössenordnungen für sämtliche Haushalte in der Schweiz, es handelt sich also um eine volkswirtschaftliche Sicht. Je nach Haushaltszusammensetzung variieren die beiden ersten Säulen enorm, je nachdem wie gross das Einkommen des Haushaltes ist und wieviele MitbewohnerInnen erwerbstätig sind. In der zweiten Säule ist die unbezahlte Arbeit in Institutionen nicht enthalten, weil nicht klar ist, was zu Care Arbeit gerechnet werden kann. Wenn Kinder oder betreuungsbedürftige Erwachsene im Haushalt wohnen, dann ist die zweite Säule sehr viel grösser als hier im Durchschnitt. Je nach sozialer Schicht variiert die erste Säule sehr stark. Um den Lebensstandard zu beschreiben, würde es noch eine dritte und vierte Säule brauchen: Eine Säule, welche den Wert der Dienstleistungen des Staates aufweist, die den Haushalten zugute kommen, und für welche nicht direkt bezahlt werden muss, sondern deren Finanzierung über Steuern läuft (z.B. Ausgaben der öffentlichen Hand für das Gesundheitswesen, für Kinderkrippen oder für Bildung). Und eine Säule, welche Aussagen über Freizeit enthält.

Selbst wenn die Haushalte in Schweden gleich viel unbezahlte Arbeit und gleichviel (reale) Konsumausgaben aufweisen würden wie in den USA, so wäre der Lebensstandard in Schweden trotzdem höher, weil in den USA beispielsweise Kinderkrippen nicht öffentlich finanziert werden, oder nur sehr beschränkt, ebenso die steuerfinanzierten Staatsausgaben für das Gesundheitswesen in den USA (wie auch in der Schweiz) relativ tief sind. Den Einbezug der unbezahlten Arbeit und öffentlich finanzierter Dienstleistungen für die Beurteilung des Lebensstandards forderte eine Kommission, die vom französischen Präsidenten Sarkozy einberufen wurde (mit namhaften Ökonomen aus Frankreich und den USA, inklusive einer renommierten feministischen Ökonomin- Nancy Folbre - aus den USA, www.stiglitz-senfitoussi.fr). Allerdings müsste die oben provisorische Säule (in grün), genauer differenziert werden.

Wichtig wäre auch der Miteinbezug der Freizeit: In den USA, im UK sind die Normalarbeitszeiten sehr lang, in der Schweiz zwar tiefer aber immer noch hoch im Vergleich zu andern westeuropäischen Ländern. Allerdings ist es schwierig, Daten zu Freizeit in dieser Statistik (siehe zur Freizeitgleichheit auch: Fraser, Nancy (1996, orig. 1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment, in: Nagl-Docekal, Herta/ Pauer-Studer Herlinde (Hrsg.): Differenz und Lebensqualität, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, S.469-500.)

Die Graphik wirft sehr viele ökonomietheoretische Fragen auf, die beispielsweise für die Wirtschaftsankurbelunges- und Beschäftigungsprogramme oder auch für Debatten zur Armut wichtig wären.

Wovon hängt Lebensstandard (aus der Sicht der Haushalte) ab?

- **Einkommen (Erwerbsarbeit, Renten)**
- **Kaufkraft: Konsumpreise, feste Ausgaben**
- **Preise der bezahlten Care Ökonomie und Care Ausgaben des Staates**
- **Infrastruktur (dauerhafte Konsumgüter in Haushalt, öffentliche)**
- **Arbeitsbelastung, Freizeit**

- Umwelt (Ökologie etc.)

Wirtschaftspolitische Debatten beispielsweise über die Kaufkraft der Haushalte, gehen von den ersten zwei Faktoren aus. Der Rest ist nicht integriert in die Analysen und wirtschaftspolitischen Argumentationen.

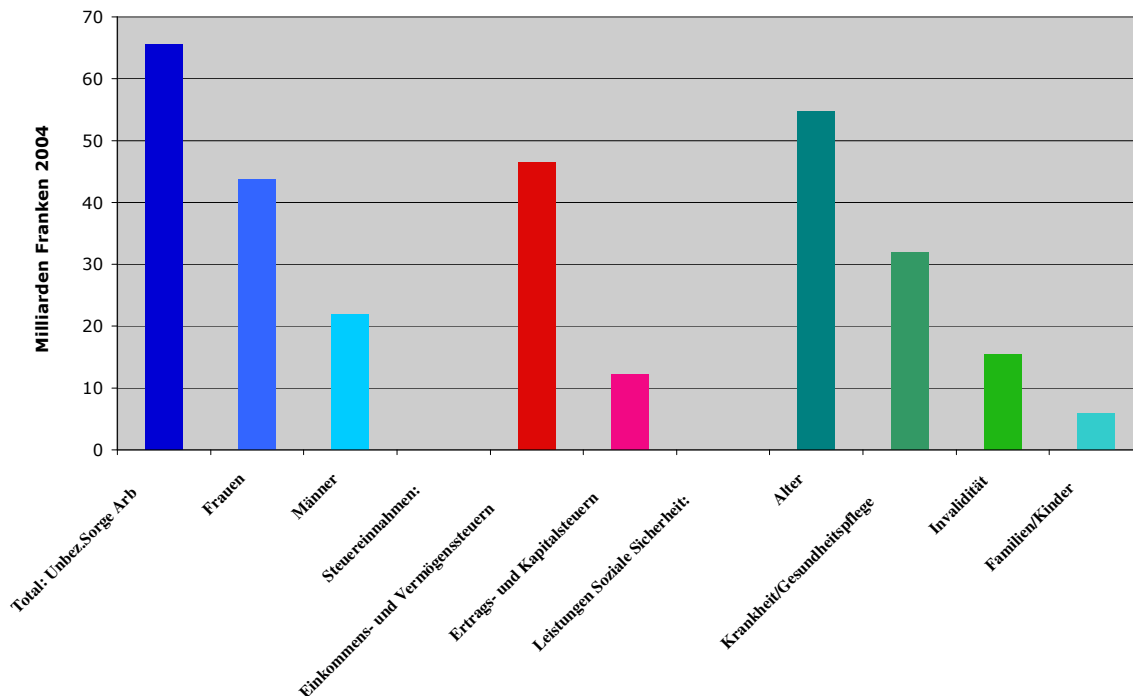
Lebensstandard: Faktoren der Prekarisierung

- zu wenig und unsicheres Einkommen
- zu wenig Zeit für unbezahlte Arbeit (Working poor: zu wenig Zeit und zu wenig Geld)
- zu wenig staatliche Care Leistungen
- **Steigende Fixkosten und “Finanzialisierung”** (siehe z.B. Brigitte Young) **der Haushalte (Schuldendienste, Miete, Versicherungen etc.)**

Zur “Finanzialisierung” sämtlicher Institutionen, welche Care Leistungen erbringen, müsste speziell geforscht werden (z.B. Fall privater Pflegeheime, die sehr teuer sind, wo die Arbeitskosten für Pflegeleistungen tief gehalten werden, jedoch die Kosten der Gebäude, der Infrastruktur und die Overheadkosten der Betreiberfirmen sehr hoch sind, Profite werden primär mit den Investitionen in die Infrastruktur gemacht, ist auch bekannt als ökonomischer Mechanismus aus der Tourismusindustrie vor allem im Bereich des Wintersports).

1.3. Die Wirtschaft und die «andere Wirtschaft»: Haushalt und Staatshaushalt

Graphik 3: Geschätzter Wert der Care Arbeit für Kinder und betreuungsbedürftige Erwachsene im Vergleich zu Steuereinnahmen von Bund, Kanton und Gemeinden und im Vergleich zu Ausgaben für die Soziale Sicherheit*, Schweiz 2004 in Milliarden Franken



* Dazu werden im internationalen Vergleich staatliche Ausgaben und Versicherungen (AHV) und obligatorische Versicherungen (Krankenkasse und berufliche Vorsorge) gerechnet

Bundesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; Finanzrechnung der Eidg. Finanzverwaltung, Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (online Feb./Jun. 09), Zusammenstellung und Schätzungen MMadörin

Beim Wert der Betreuungsarbeit handelt es sich wiederum um eine sehr grobe Schätzung. Enthalten sind nebst der direkten Betreuungs- und Pflegearbeit auch der geschätzte Aufwand für Hausarbeit (für Kinder und Kranke) und die Unterstützung durch Personen anderer Haushalte (Nachbarschaftshilfe etc.). Es gibt feministische Ökonominen und Politologinnen, welche die Care Arbeit für Kinder und Kranke als Realsteuer (Ingrid Palmer: reproductive labour tax – ich finde es einen unglücklichen Begriff) ansehen: Aus meiner Sicht handelt sich um einen Beitrag an die Gesellschaft, welche diese Leistungen übernehmen müsste (Sozialgesetzgebung, Grundrechte in der Verfassung), würde sie nicht unentgeltlich geleistet.

Es ist klar, dass die obige Tabelle für Schweden sehr anders aussehen würde als für die Schweiz: Der Wert der unbezahlten Betreuungsarbeit wäre kleiner, die Steuereinnahmen des Staates vergleichsweise grösser, ebenso die Ausgaben beispielsweise für Kinder und Familien. Es muss an dieser Stelle betont werden, dass Frauen in der Schweiz im westeuropäischen Vergleich in jährlichen Arbeitsstunden gerechnet sehr viel Erwerbsarbeit leisten, mehr als in unseren Nachbarländern. Vermutlich etwa in der Grössenordnung der skandinavischen Ländern. Dies ist darauf zurück zu führen, dass es bei uns wenig Arbeitslosigkeit und lange Normalarbeitszeiten gibt und Frauen in der Schweiz zwar teilzeit arbeiten, jedoch eine sehr hohe Erwerbsquote haben. Teilzeitstellen mit hohen Pensen entsprechen in andern Ländern Vollzeitstellen. Frauen in der Schweiz leisten vergleichsweise viel Erwerbsarbeit, leben aber in einem Land, wo der Staat vergleichsweise wenig Care Leistungen – sehr wenig sogar – erbringt, welche die Frauen von unbezahlter Arbeit entlasten könnten. Es ist denn auch so, dass Haushalte mit Kindern, deren Väter und Mütter (teilzeit)erwerbstätig sind, einen sehr hohen Arbeitsaufwand erfordern, wenn wir die bezahlte und unbezahlte Arbeit mit einrechnen.

Diese Statistik könnte gute, international vergleichbare Indikatoren liefern zum Zusammenhang: Steuer-, Geschlechter- und Careregime.

Schweiz:

Wert der unbezahlten Betreuungsarbeit (Kinder, Kranke, inklusive geschätzte damit verbundene Hausarbeit) der Frauen entspricht dem **4.5fachen aller Steuern von Unternehmen**.

Exkurs zur Finanzkrise: Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Finanzialisierung der Haushalte, öffentliche Finanzen und Care Ökonomie in der Schweiz:

Schweiz: Verluste der Haushalte an Finanzvermögen 2007/08 verglichen mit:

Netto-Finanzanlagen 2000-2008	61%
BIP 2007	48%
Eink./Vermögenssteuern 07	331%
Ertrags-/Kapitalsteuern 07	1468%

Quelle: Schweizerische Nationalbank, Vermögen der privaten Haushalte.

Schweiz: Verluste der Haushalte bei der obligatorischen, beruflichen Vorsorge
Auf 9 Jahre gerechnet betragen die Vermögensverluste der Pensionskassen geschätzte 60 Mrd. Franken, was ungefähr 1 Jahr Auszahlungen an Pensionsgeldern entspricht und 1.5 Jahren Einzahlungen in Pensionskassen von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen.

Kommentar:

Ohne Zweifel haben seit dem 2. Weltkrieg die Dumpingsteuern und das Bankgeheimnis der Schweiz grosse ökonomische Vorteile gegenüber andern Ländern gebracht, die Schweiz wäre

nicht so reich und nicht so globalisiert ohne Bankgeheimnis, Schutz der Steuerflucht und niedrige Steuern sowohl für Reiche als auch für Firmen und vor allem Holdings. Aber es gibt eine bisher nicht analysierte, andere Seite dieser Realität: Die niedrigen Steuern haben das Gender- und Care-Regime in der Schweiz sehr stark zu Ungunsten der Frauen geprägt – das jedenfalls ist eine meiner Hypothesen, zu der ich plane weitere Daten zusammen zu stellen. Die obigen Daten zeigen, dass die Politik der niedrigen Steuern, kombiniert mit einer hohen Sparquote der Haushalte, hohen unbezahlten Leistungen und einem hohen Anteil privat finanzierter Ausgaben für die Soziale Sicherheit (z.B. obligatorische berufliche Vorsorge durch privates Pensionskassensystem, Kapitalfonds-Prinzip) zunehmend für den Lebensstandard auch der schweizerischen Mittelklasse zum Problem wird.

Es ist in den letzten 10 Jahren mit zwei Börsencrash einfach unglaublich viel dieser Ersparnisse vernichtet worden. Nicht nur die grossen Banken, sondern der Finanzplatz Schweiz insgesamt werden sozusagen zum Klumpenrisiko der sozialen Sicherheit in der Schweiz. Wirtschaftlich vernünftiger wären selbst für die Mittel- und Teile der Upperclass - trotz aller Steuerrenten - anstelle hoher Sparquoten der Haushalte höhere Steuerquoten einzuführen, respektive durch Steuern finanzierte Systeme der sozialen Sicherheit (wie es beschränkt die staatliche Altersvorsorge AHV darstellt) und wohlfahrtsstaatlicher Ausgaben in Bildung und Gesundheit. Man kann die zunehmend problematischen Finanzierungssysteme wie die privaten Pensionskassen und die privaten Krankenkassen in der Schweiz nur im Zusammenhang mit der Politik verstehen, Steuern möglichst niedrig zu halten.

1.4. Die Wirtschaft und die «andere Wirtschaft»: Technischer Fortschritt und Arbeitsproduktivität

Man kann immer schneller Autos produzieren, aber nicht schneller pflegen oder Kinder aufziehen.

Exkurs: William Baumols These des “unbalancierten Wachstums”

Susan Donath weist im erwähnten Artikel darauf hin, dass die Thesen von Baumol zu den “Kostenkrankheiten” verschiedener Wirtschaftszweige, die der These des “unbalancierten Wachstums” zugrunde liegen, für eine feministische Wirtschaftstheorie von grosser Relevanz ist. Baumols These wurde intensiv von Jochen Hartwig, einem Ökonomen an der ETH Zürich, untersucht am Beispiel der Gesundheitsausgaben der Schweiz. Auszug dazu aus dem Manuskript des Forschungsberichts 1 der UNRISD-Studie von MM:

Laut Jochen Hartwig, einem Forscher der ETH Zürich, sind seit den 1990er Jahren die wirtschaftspolitischen Debatten in der Schweiz stark von drei Themen geprägt gewesen: von „Wachstumsschwäche“, „steigenden Staatsausgaben“ und der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Viele Fachleute und PolitikerInnen sahen und sehen in dieser Entwicklung einen eindeutigen ökonomischen Zusammenhang: Die Wachstumsschwäche ist unter anderem auf die wachsenden Staats- und Sozialausgaben zurückzuführen (Hartwig 2005: 2). Diesen behaupteten wirtschaftlichen Zusammenhang sieht Hartwig jedoch anders. Anhand der schweizerischen Daten und der Analyse der Daten verschiedener Länder hat Hartwig in mehreren Arbeitspapieren (2005, 2006a, 2006b, 2007) versucht mit Hilfe von William J. Baumol’s Modell des „unbalancierten Wachstums“ zu zeigen, dass es einen unvermeidlichen ökonomischen Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt, verlangsamtem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitsproduktivität einiger Industriebranchen, zunehmenden Ausgaben für die Soziale Sicherheit und Staatsausgaben gibt. Hartwig versucht zu zeigen, „dass sich ökonomische Probleme reifer Volkswirtschaften – wie die Abschwächung des Wirtschaftswachstums, der Anstieg der Staatsquote und die „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen – zwar erklären, aber nicht nachhaltig lösen lassen.“ (engl. : „that pressing economic problems of mature economies

such as declining growth rates of real GDP, an increasing government share in GDP and the „cost explosion“ in health care can readily be explained – yet they cannot be finally resolved.“ (Hartwig: 2005, Zusammenfassung).

William J. Baumol's Theorie des „unbalancierten Wachstums“, die Hartwig mit statistischen Untersuchungen zur Schweiz und OECD-Ländern testet, enthält im Wesentlichen drei Aussagen:

1. Der zunehmende technische Fortschritt führt zu einem Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten im Industriesektor und in weiten Bereichen des Dienstleistungssektors, weil die Arbeitsproduktivitäten vor allem in personenbezogenen Dienstleistungen durch den Einsatz von Maschinen sich schwer steigern lassen.

2. Nach strikten Vorstellungen der neoklassischen Markttheorie müssten sich die Löhne der Arbeitsproduktivität (und Nachfrage) anpassen, das tun sie aber nicht, sondern die Lohnentwicklung in Branchen mit niedrigen Arbeitsproduktivitäten orientiert sich an der Lohnentwicklung in den Branchen mit hohen Arbeitsproduktivitäten.

3. Es gibt arbeitsintensive Bereiche, in welchen gesellschaftlich notwendige Leistungen erbracht werden, auf die deshalb nicht verzichtet werden kann, beispielsweise im Gesundheitssektor oder im Bereich der Bildung. Auch wenn die Kosten steigen und damit die Preise der Leistungen, müssen sie trotzdem möglichst allen Menschen zur Verfügung stehen und deshalb vom Staat irgendwie garantiert werden. Diese Leistungen werden deshalb meistens vom Staat finanziert, respektive subventioniert. Die Sozialausgaben steigen relativ zum Bruttoinlandprodukt, *auch wenn der reale Output solcher staatlich finanzierter Leistungen nicht steigt.*

...

Die Schlussfolgerung des ersten Arbeitspapiers von Hartwig lautet: Der Beitrag

„hat gezeigt, dass sich die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme entwickelter Volkswirtschaften wie der Schweiz durch Rückgriffe auf Baumol's Modell des „unbalancierten Wachstums“ erklären lassen. Da dieses Modell *fundamental produktionstechnische Ursachen* identifiziert für den tendenziellen Rückgang des Wirtschaftswachstums einerseits und den Kostenanstieg im Gesundheitswesen und weiteren schwergewichtig durch öffentliche Mittel finanzierten Wirtschaftsabschnitten (z.B. Bildung) andererseits, spricht es der Politik die Möglichkeit zur Beeinflussung dieser Entwicklungen weitgehend ab. Wie wird diese Botschaft wohl bei der Politik ankommen? Vermutlich schlecht.“ (Hartwig 2005: 24)

In den weiteren Untersuchungen (Hartwig 2006a, 2006b, 2007) zu der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und im Bereich der persönlichen Dienstleistungen kommt Hartwig zum Schluss, dass es gute Gründe gibt, Baumol's These des „unbalancierten Wachstums“ als realistisch zu betrachten.

...

Die australische Forscherin Susan Donath nahm die Thesen von Baumol in einem Artikel von 2000 mit dem programmatischen Titel „The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics“ auf und betont ihre Relevanz für die feministische Ökonomie, die sich vor allem mit dem, was sie „die andere Ökonomie“ nennt, welche sich mit Aufziehen von Menschen, mit der Sorge für und Versorgung von Menschen befasst:

„I think that feminist economics needs to insist that there are not one, but two equally important economic stories or models or metaphors. There is the story about competition in markets, but there is also the story about the other economy. The other economy is concerned with the direct production and maintenance of human beings. This production and maintenance of human beings is an end in itself not a means to producing commodities. Producing and caring for children is one very important part of the other economy, but it is not the only part. There is also the care needed to sustain adults throughout their lives.

(...)

An important characteristic of work in the other economy is that in general, few or no productivity gains are possible. Indeed, this may be considered a defining characteristic of the other economy. There are many productive activities involving personal service where there is little or no scope for improvements in productivity.

Many services require direct contact between those who consume the service and those who provide it. Attempts to improve productivity by reducing the amount of personal contact merely reduce the quality of the service.“ (Donath 2000: 116-118)

Was laut Donath „die andere Ökonomie“ charakterisiert, ist der Definition dessen, was Marilyn Power „social provisioning“ (2004) nennt, nahe. Allerdings sind die beiden Begriffe nicht deckungsgleich. Der Ausgangspunkt von Donath ist weniger die Tatsache der Produktion des alltäglichen Lebens und Überlebens „wie in social provisioning“, sie geht in ihrer Argumentation von *einer anderen ökonomischen Logik* des Arbeitsprozesses und der Arbeitsproduktivität aus, die mit der „direct production and maintenance of human beings“ einhergeht.“

Beim vorliegenden PPP-Blog handelt es sich um meinen Versuch, Donaths Vorschlag bezüglich verschiedener Schweizer Daten umzusetzen.

Donath, Susan (2000): The Other Economy. A suggestion for a Distinctively Feminist Economics, in: Feminist Economics, vol. 6, No. 1, 115-125

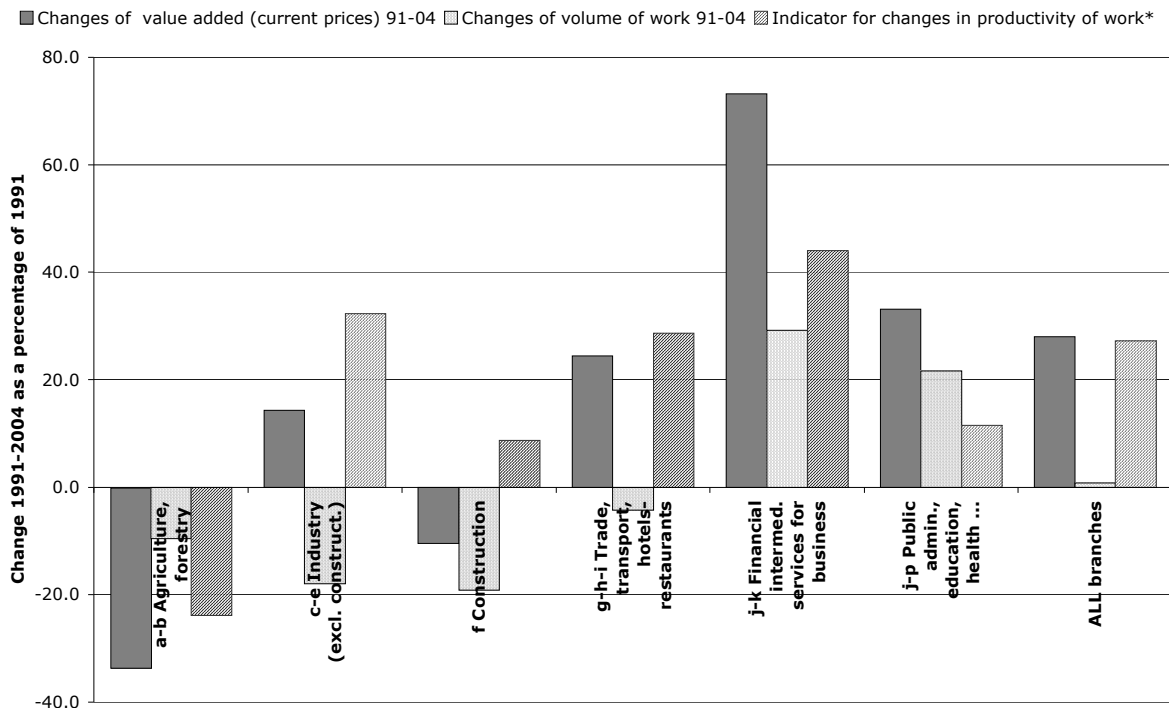
Hartwig, Jochen (2005): Sind unsere gesamtwirtschaftlichen Probleme überhaupt lösbar? KOF Konjunkturforschungsstelle der Eidg. Technische Hochschule Zürich, Arbeitspapier 112/ Nov. 2005,

Hartwig, Jochen (2006a): What Drives Health Care Expenditure? Baumol's Model of 'Unbalanced Growth' Revisited. KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Eidg. Technische Hochschule Zürich, Arbeitspapier 133/ März 2006

Hartwig, Jochen (2006b): Productivity Growth in Service Industries – Has 'Baumol's Disease' Really Been Cured? KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Eidg. Technische Hochschule Zürich, Arbeitspapier 155/ November 2006,

Hartwig, Jochen (2007): Can Baumol's Model of Unbalanced Growth Contribute to Explaining the Secular Rise in Health Care Expenditure? ETH Eidg. Technische Hochschule Zürich, KOF Working Papers. Alle Papers: www.kof.ethz.ch/

Graphik 4: Veränderungen der Bruttowertschöpfung (laufende Preise) und des Erwerbsarbeits-Arbeitsvolumens (in Stunden) zwischen 1991 und 2004 in sechs Wirtschaftszweigen, 2004 in % von 1991



Bundesamt für Statistik BFS: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung T3a.2, Arbeitsvolumenstatistik AVOL, Berechnung MM

Diese Indikatoren repräsentieren den Unterschied zwischen den Veränderungen in der Bruttowertschöpfung von 1991 und 2004 (dunke Säule links) und der Veränderung des Arbeitsvolumens (helle Säule Mitte), und der Veränderungen der Arbeitsproduktivität: hier berechnet aus Veränderung des BWS minus Veränderung des Arbeitsvolumens. Dieser Indikator ist nicht identisch mit der Veränderung der Arbeitsproduktivität wie sie das BFS für den privaten Sektor normalerweise berechnet: Bruttowertschöpfung des vorangegangenen Jahres dividiert durch Vollzeitäquivalente). Die Veränderung der Produktivität betrug zwischen 1991 und 2004 so berechnet 16.8% und nicht 27,2% wie bei dieser Graphik. In der Graphik sind das Arbeitsvolumen und die Bruttowertschöpfung sowohl des privaten als auch öffentlichen Sektors enthalten, bei den Produktivitätsberechnungen des BFS ist nur die Privatwirtschaft berücksichtigt.

Veränderung der Beschäftigungsstruktur Schweiz 1991-2007 (Vollzeitäquivalente)

Sektor 2	- 19.6% (-237 600)
Immob./Dienstleistungen für Unternehmen	+ 51.2 (+134 100)
Öfftl. Verwaltung/ Unterrichts-/ Gesundheits- und Sozialwesen	+ 31.5 (+ 160 500)

Für die Kaufkraftentwicklung ist das Lohnniveau im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen und die öffentlichen Ausgaben in diesem Bereich wichtig, ebenso für die Entwicklung der Beschäftigung der Frauen: Gesamthaft gesehen sind für Frauen in der Schweiz im genannten Zeitraum ca. 100'000 Vollzeitäquivalente neu entstanden, für Männer hat die Beschäftigung um rund 125'000 Vollzeitäquivalente abgenommen.

Was die heutigen Beschäftigungsprogramme anbelangt, so geht es zum einen um die Frage, in welchen Wirtschaftszweigen überhaupt in weit entwickelten Volkswirtschaften nachhaltig Arbeitsplätze geschaffen werden können, zum andern darum, wie sich eine solche Verschiebung der Arbeitsplätze auf die Kaufkraft der erwerbstätigen Bevölkerung und damit auf den gesamten Konsum eines Landes auswirkt. Die Auswirkungen auf die Kaufkraft dürften je nach Land sehr unterschiedlich sein: Der Vergleich des mittleren Lohneinkommens (Median) im Industrie- und Bausektor mit demjenigen im Gesundheits- und Sozialwesen zeigt für verschiedene europäische Länder enorme Unterschiede. In der Schweiz und in den Niederlanden lag im Jahr 2004 das mittlere Einkommen in den beiden Wirtschaftszweigen fast gleich hoch, während beispielsweise das Erwerbseinkommen im Gesundheits- und Sozialwesen Österreichs und Frankreichs vergleichsweise tief war (In der Schweiz lag im Jahr 2004 der Median für das Bruttoerwerbseinkommen in der Industrie- und Bauwirtschaft bei 99.6% des Mittelwertes aller Wirtschaftsbranchen, der Median für das Gesundheits- und Sozialwesen bei 96.3 %. In den Niederlanden lagen die entsprechenden Mittelwerte bei 95.6% und 99.2%, in Österreich jedoch bei 101.2% und 86.7%, in Frankreich bei 100.6% und bei 89.2%. (UNRISD-Studie zur Schweiz Research Report 2, Tab. 4.3, die Daten beruhen auf Eurostat-Statistiken).

Allein eine Verschiebung der Arbeitsplätze vom Industriesektor in die Gesundheits, Sozial- und Bildungswesen kann deshalb, ohne dass die Löhne sinken und die Beschäftigung abnimmt, eine Verminderung der Kaufkraft der Bevölkerung bewirken.

Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten wirft neue Fragen zu ökonomischen Zusammenhängen auf, beispielsweise betreffend Kaufkraft, Beschäftigung und deren Nachhaltigkeit. Diese werden bis jetzt kaum thematisiert. Diese Fragen sind sehr wichtig für das Verständnis einer politischen und sozialen Ökonomie von Care.

Teil II: Aktuelle wirtschaftspolitische Debatten – Ansätze einer feministischen Kritik

Die oben dargestellten Elemente einer Meso- und Makroökonomie von Care hat (hätte!) Konsequenzen für die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte zur Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit den Finanz- und Wirtschaftskrisen der 1980er Jahre gibt es etliche Forschung zu den Auswirkungen dieser Krisen und der neoliberalen Wirtschaftsankurbelungsprogramme auf Frauen, ebenso zu der Südostasienkrise von 1998. An der Jahreskonferenz vom März 2009 der UN- Commission on the Status of Women sind erste Papers zur Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Frauen an einer Sondersession präsentiert worden. Sie sind zu finden unter: www.un.org/womenwatch/daw/csw/53sess.htm → themes → emerging issue: "The gender perspectives of the financial crisis".

2. Kurzer Überblick: Analysen und Forderungen internationaler Frauennetzwerke

Ausgangspunkt der Analysen und Forderungen

- **Asymetrie der wirtschaftlichen Aktivitäten und Funktionen von Frauen und Männern**
- **Diskriminierung von Frauen**

Minimaler Standard der Analyse sollte folgende Auswirkungen enthalten:

- **auf die Erwerbsarbeit und -einkommen der Frauen**
- **auf Frauen als letztlich Zuständige für Haushalt und Familie**
- **auf den Staatshaushalt und die öffentlichen Ausgaben für die Care Ökonomie**
- **auf Frauen als politisch und zivilgesellschaftlich Engagierte**

Forderungen internationaler Frauennetzwerke

Offener Brief an Obama von über 1000 feministischen HistorikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen:

- **Ernährermodell passé**
- **Wir brauchen nicht nur Investitionen in die physische Infrastruktur, sondern auch in die «soziale Infrastruktur»!**

Andere zusätzlich:

- **(Ökonomische) Erpressbarkeit von Frauen (Haushalte und Arbeitsmärkte) muss in Betracht gezogen werden**
- **Gender Budgeting muss auf Wirtschaftsankurbelungs-Programme angewendet werden**
- **Diverse Forderungen bezüglich internationaler Regulierungen**

- Brief an Obama: www.femst.ucsb.edu/projects/crwsj

- Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament hat das Netzwerk GMEI, Gender Mainstreaming Experts International, Wahlprüfsteine vorgestellt, in denen ebenfalls Forderungen zu Wirtschaftspolitik anlässlich der Finanzkrise enthalten sind www.gmei.de

- Im Herbst 2007 wurde eine Frauengruppe zur Entwicklungsfinanzierung (Women's Working Group on Financing for Development - WWG on FfD) gegründet, die auf der UN-Ebene Einfluss nehmen will. Das Netzwerk wird von DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era – siehe dazu Olympe Heft 9/1998, Portrait von

Peggy Antrobus) koordiniert, ihm gehört auch WIDE Europe an. Die Arbeitsgruppe hat im April 2009 eine vierseitige Stellungnahme zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgearbeitet. Die englische und deutsche Version sind auf der Website von WIDE Switzerland zu finden (www.wide-network.ch). Diese Verlautbarung bezieht sich vor allem auf die Debatten zur Finanz- und Wirtschaftskrise in der G20 und in der UNO, nimmt deshalb auch prononciert Stellung zu den Vorschlägen zum Umbau des Finanzsystems, zur Steuerflucht und zu internationalen Regulierungen, die den internationalen Handel anbelangt. Das Netzwerk hat sich nochmals im Juli und September 2009 zu Wort gemeldet, um der Besorgnis Ausdruck zu verleihen, dass die UNO immer noch an der verfehlten Politik festhält, die eine der Ursachen für die Finanz- und Wirtschaftskrise ist.

- Ebenso gibt es von Gewerkschaftsfrauen Stellungnahmen.

3. Keynesianische Argumente zur Krisenbekämpfung

Hier wird nur auf zwei wesentliche Punkte eingegangen, die heute Teil der Debatte sind.

Ausgangspunkt keynesianischer makroökonomischer Theorien ist wesentlich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Diese wurde anhand obiger Beispiele „erweitert“. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung anzusehen. So weisen beispielsweise Ulrike Knobloch als auch Luise Gubitzer (WU Wien) darauf hin, dass Care Arbeit in den verschiedensten institutionellen Zusammenhängen stattfinden (Haushalte, öffentlicher Sektor, Privatwirtschaft, not-for-profit-Bereich, informeller Sektor etc.). Auch der sog. Care Diamant der UNRISD-Studie geht vom gleichen Konzept aus. Diese andere Sichtweise einer erweiterten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist vor allem für die Frage öffentlicher Ausgaben und Subventionen wichtig. Hier geht es um einen anderen Aspekt der VGR: um die Kaufkraft der Haushalte – dem wichtigsten „Produktionsort“ der Care Ökonomie – und um die Produktivität in der Wirtschaft.

Keynesianisches Kaufkraftargument

Zusammenhang zwischen Kaufkraft, Beschäftigung und Lebensstandard

Für das Zeitalter des Fordismus, der industriellen Produktion von Massengütern, sah Keynes einen zentralen Zusammenhang zwischen Kaufkraft, Kauf von industriellen Gütern, Beschäftigung in der Industrie, Gewinnaussichten von Unternehmen und ihrer Neigung in diese Industrie zu investieren. Deshalb sah Keynes als wichtige Massnahme zur Bekämpfung der Krise die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung durch entsprechende staatliche Programme (ist heute ein zentrales Argument für Obamas Ankurbelungsprogramm).

Einwände

- **Globalisierung:** Industrielle Massengüter werden weitgehend importiert, Argument hängt aber stark von Grösse des Landes ab und von der Entwicklung des Kaufkraftniveaus in den letzten Jahren (in Deutschland z.B. weit unter dem europäischen Durchschnitt).
- **Staatsquote:** ist viel höher als zu Zeiten Keynes' (einige Ökonominnen glauben, dass deshalb die Arbeitslosigkeit bei der jetzigen Krise nicht so gross ist wie während der Depression der 1930er Jahre)
- **Verschuldung der Haushalte:** Haushalte brauchen erhöhte Kaufkraft für Schuldentrückzahlung (in USA wichtige Frage)
- **Lebensstandard und Determinanten der Kaufkraft:** Kaufkraft der Haushalte hängt heute wesentlich von der Finanzierung und Arbeitsbedingungen der Care Ökonomie ab. Wichtiges Argument aus der Sicht der feministischen Ökonomie
- **Wir brauchen etwas anderes:** Industrielle Massengüterproduktion ist nicht mehr die „Triebkraft“ der Wirtschaftsentwicklung: wichtiges Argument aus der Sicht der feministischen Ökonomie.

Kaufkraft der HH für Betreuung von Kindern, Pflege und medizinische Leistungen und für Bildung generell hängt in zweifacher Hinsicht von Ausgaben des Wohlfahrtsstaates ab:

- **für Haushalte, die Care Leistungen beanspruchen (müssen)**
- **für Haushalte, deren Erwerbseinkommen von Arbeit in Care-Wirtschaftsbereichen abhängen**

Keynesianischer Zusammenhang zwischen Kaufkraft, Beschäftigung, Investitionen der Unternehmer und Ankurbelung der Wirtschaft

Ankurbelung der Kaufkraft/der Nachfrage führt zu mehr Beschäftigung in der Industrie, zu mehr Konsum von Massengütern, zu besseren Gewinnaussichten und damit zu Investitionen der Unternehmer und damit auch zur Neigung der Banker, wieder Kredite zu geben.

Einwände

- **Anderes Akkumulationsregime: die keynesianischen Zusammenhänge gelten nur sehr partiell,**
- **Das Ausmass der Verschuldung nicht nur der Privat- und Staatshaushalte, sondern der Unternehmen und Banken ist im Vergleich zum BIP zu Zeiten Keynes wesentlich grösser.**
- **Wichtigkeit der längerfristigen staatlichen Ausgaben für die Care Ökonomie**
Wir müssen eine neue Theorie der öffentlichen Dienstleistungen entwickeln, welche die Baumol'sche und Donath'sche Argumentation übernimmt, respektive weiter entwickelt. Analytisch muss zwischen staatlichen Ausgaben für ein modernes Gesundheits- und Bildungswesen (Donath fordert eine spezielle Theorie öffentlicher Güter für diesen Bereich) und Sozialstaat (Staat des sozialen Ausgleichs) unterschieden werden. Es fehlt bis heute an entsprechenden ökonomischen Denkmodelle und Analysen, welche diese Zusammenhänge darstellen. Erfahrungen von der japanischen Krise in den 1990er Jahre haben anscheinend gezeigt, dass die einzigen nachhaltig geschaffenen Arbeitsplätze durch die Expansion der Exportindustrie (die nun wieder in Krise geraten ist, also doch keine Nachhaltigkeit?), durch Arbeitsplätze in der Freizeit- und Care Ökonomie geschaffen wurden (zit. aus dem Gedächtnis von blog-Debatten in den USA, ich finde die entsprechende Stellen nicht mehr, dort taucht das Thema ab und zu auf: wo und wie können Arbeitsplätze geschaffen werden)
- **Was brauchen wir?** Keynes ging von der Kaufkraft der und von der Produktion für die Menschen aus, dies ist auch stark eine Argumentation der Obama-Regierung. Es steht die Idee dahinter, dass es um wirtschaftlichen Fortschritt für die breite Masse der Bevölkerung geht und Kapitalismus respektive eine entsprechend regulierte Marktwirtschaft besonders fähig ist, das zu produzieren, was Menschen brauchen. Dies ist eine andere Vorstellung als dies normalerweise bei der heute üblichen Standortdebatte der Fall ist, bei der Wirtschaftswachstumspolitik mit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auf dem Weltmarkt und nicht mit der Produktion von Massengütern für die breite Bevölkerung des eigenen Land legitimiert wird.
Die Argumentation der US-HistorikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen gegen einen platten Keynesianismus: 1. Schon beim New Deal wurden vor allem die Beschäftigung von weissen qualifizierten Arbeitern befördert, für Frauen generell und AfroamerikanerInnen speziell wurde beispielsweise die Beschäftigung nicht angekurbelt. Das war schon damals falsch und ist es heute noch viel mehr. 2. Wir brauchen nicht mehr dasselbe wie zu den Zeiten des New Deal.

Die ökonomischen Zusammenhänge zwischen Kaufkraft und Ankurbelung der Produktion dessen, was "wir brauchen", müssen genauer unter die Lupe genommen werden. Was

heisst das, wenn es die profitable industrielle Massengüterproduktion in den „post-industriellen“ Ländern nur noch sehr beschränkt gibt? Eine andere Zukunftsdebatte ist notwendig.

4. Zukunftsdebatte

Verschiedene Theoretiker verschiedener Denktraditionen wie beispielsweise Marx, Keynes oder auch Baumol (ein Neoklassiker) haben sich Gedanken gemacht darüber, wie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sein wird, wenn die "Produktivkräfte" in der Industrie so weit entwickelt sind, dass es für die Massenproduktion der Güter nicht mehr viel Arbeitsaufwand braucht. Marx sah hier eines der grössten Probleme der kapitalistischen Akkumulation. Keynes erhoffte sich eine neue Aera, in der die Frage des Mangels gelöst sein und wo es maximal noch 15 Stunden pro Woche Erwerbsarbeit brauchen würde. Baumol machte 1967 äusserst realistische Prognosen über die Veränderungen der Beschäftigungsstruktur in "reifen" Volkswirtschaften. Er sagte auch voraus, dass sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen und sich die Staatsquote wegen der "Sozialausgaben" stetig vergrössern würde.

In einem 2006 erschienenen Buch haben sich verschiedene Ökonomen zum Essay von Keynes "Die ökonomischen Möglichkeiten unserer Grosskinder" geäussert (Lorenzo Pecchi, Gustavo Piga (Ed.) (2008): Revisiting Keynes. Economic Possibilities for our Grandchildren, Cambridge (Massachusetts), London: The MIT Press). Sie stellten fest, dass Keynes die enorme Entwicklung des BIP damals erstaunlich realistisch eingeschätzt, sich aber, was die begrenzten Konsumbedürfnisse der Menschen und die starke Reduktion der Erwerbsarbeitszeit anbelangt, geirrt hat. Folgende Punkte müssten aus der Sicht der verschiedenen Autoren (17 Autoren und eine(!) Ko-Autorin) diskutiert werden: die Entwicklung der Konsumgesellschaft, Selbstverwirklichung durch Erwerbsarbeit, Einkommensverteilung (viele müssen erwerbsarbeiten, weil sie sonst nicht leben können), internationale Entwicklung etc.

Dazu müsste noch meiner Ansicht nach die Frage der Care Ökonomie, respektive der auseinanderdriftenden Arbeitsproduktivitäten erörtert werden, ebenso die Frage der Möglichkeiten des Wirtschaftstums der Konzerne durch Globalisierung und die Umverteilungsmechanismen des Finanzsystems etc.

Drei Einwände gegen die Überlegungen von Marx, Keynes, Baumol (aus meiner Sicht)

- **Nationalökonomische Denkmodelle**
- **Möglichkeit der Expansion durch Finanzsektor (in die Zukunft) und Globalisierung (geographisch) unterschätzt**
- **Ökonomie ohne die "andere Ökonomie"**

Zukunftsdebatte

- **Die Dynamik der ganzen Wirtschaft verstehen**
- **Den historischen Umbruch verstehen**

Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten, respektive des Anteils der Arbeitskosten am Output, IST ein zentrales Thema der Zukunft wirtschaftlich weit entwickelter kapitalistischer Gesellschaften

Gefahren weiterer Entwicklungen

- **“Finanzialisierung” des Alltags, respektive der Care Ökonomie**
- **McDonaldisierung der Care Ökonomie**

Anstelle von Erklärungen zur McDonaldisierung hier ein Ausschnitt aus einem Artikel in der WochenZeitung vom 27.November.08 (leicht korrigiert):

„... In den siebziger Jahren galt eine Gewinnmarge von zehn Prozent schon als attraktiv. Heute formuliert etwa die Credit Suisse nach wie vor Finanzziele, die in verschiedenen Geschäftszweigen Margen zwischen dreissig und vierzig Prozent vor Steuerabzug vorsehen. In den letzten dreissig Jahren ist in der Schweiz eine Wirtschaft entstanden, in der eine Minderheit von Unternehmen wie Banken und Konzerne dank ihres Auslandsengagements sehr ertragreich sind, während eine Mehrheit mit vielen Arbeitsplätzen mittlere bis niedrige Erträge erzielen. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf den technischen Fortschritt zurückzuführen und darauf, dass industrielle Massenprodukte im Ausland billiger herzustellen sind als in der Schweiz. In den USA wäre das Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren bedeutend kleiner gewesen ohne die wachsenden Umsätze in der Finanzindustrie. Das gilt auch für die Schweiz. Hier kommt hinzu, dass etwa gleich viele Gewinne im Ausland wie im Inland erwirtschaftet werden. Die Gewinnschöpfung in der Schweiz ist derzeit stärker globalisiert als vermutlich in jedem andern westlichen Land. Viele der im Ausland erzielten und in die Schweiz transferierten Gewinne stammten bisher aus dem Bankengeschäft. Die Nettozuflüsse (Abflüsse also bereits abgezogen) von Gewinnen in die Schweiz beliefen sich von 2004 bis 2007 auf jährlich fast fünfzig Milliarden Franken, also etwa zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts. Aufgrund der Finanzkrise werden sie im Jahr 2008 auf fast null sinken. Wegen der sich ankündigenden Rezession ist der ertragreiche Exportsektor ebenfalls gefährdet.

Die Hoffnung der linken und grünen Parteien auf Wirtschaftswachstum liegt nun bei Investitionen in den ökologischen Umbau. Damit würden vor allem Arbeitsplätze für Männer geschaffen. Das ist zwar nötig, aber eine solche Industrie wird niemals zum Wirtschaftsmotor werden wie die Konsumgüterindustrie nach dem Zweiten Weltkrieg oder wie die Expansion der Banken und Konzerne nach 1989 im Ausland.

Wir haben Konsumgüter im Überfluss, die Phase der globalen Expansion hat eine neue Phase erreicht - gegenwärtig werden die Karten neu gemischt, und wohl kaum zum Vorteil der Schweiz.

Trotzdem wird in der Schweiz weiterhin gearbeitet werden. «Massenproduktion» nimmt in der Schweiz vor allem im Bereich von personenbezogenen Dienstleistungen zu. Mit Abstand am meisten neue Arbeitsplätze entstanden in den letzten zwanzig Jahren im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen. Trotzdem werden noch immer viele dieser Arbeiten unbezahlt erledigt - vorwiegend von Frauen. In anderen Ländern sind sie – mindestens teilweise - längst Teil des Service public, in der Schweiz gibt es grossen Nachholbedarf. Deshalb benötigen wir Ankurbelungsprogramme, die dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen dienen, öffentliche Gelder für die Pflege und die Unterstützung von Kranken zu Hause und höhere Mittel für Bildungsangebote.

McDonaldisierung verhindern

Eine Konsequenz der oben skizzierten Arbeitsplatzstruktur ist klar: Die Pensionskassen müssen dringend auf ein AHV-ähnliches System umgebaut werden, bei dem mit den laufenden Einzahlungen die laufenden Renten bezahlt werden. Nur ein Umlagesystem erlaubt die Finanzierung der Altersvorsorge durch Erwerbsarbeit in arbeitsintensiven Dienstleistungsbereichen.

Die Versorgung der breiten Bevölkerung mit dem alltäglich Notwendigen, mit haushaltsnaher Unterstützung, mit Bildung und Gesundheitsdienstleistungen wird nur beschränkt Gewinne bringen - es sei denn, die Löhne sind sehr tief und die Leistungen für die breite Bevölkerung

schlecht. Unternehmen wie McDonald's oder Coca-Cola sind Prototypen einer solchen Entwicklung. Sie bieten extrem standardisierte Produkte an und schaffen massenhaft Arbeitsplätze für die sogenannten Working Poor. Der derzeit viel gelobte Realkapitalist Warren Buffett hat mit Investitionen in diese beiden Firmen viel Geld verdient. In den Bereichen Gesundheits- und Erziehungswesen und anderen persönlichen Dienstleistungen gibt es nur drei Möglichkeiten, markante Gewinne zu erzielen:

- 1. mit Privatspitälern und Eliteschulen für Reiche, die teilweise vom Staat unterstützt werden und so hohe Preise verlangen, dass sie rentabel sind;
- 2. durch die McDonaldisierung und Verschlechterung des Service public für alle andern - eine Entwicklung, die voll im Gange ist;
- 3. mit nicht existenzsichernden Löhnen, wie dies heute bereits bei haushaltsnahen Dienstleistungen üblich ist. Dass die USA in der Umsetzung dieser Variante sehr weit fortgeschritten sind, ist ein Hauptgrund für die Verschuldung der dortigen Haushalte. Um diese Entwicklung zu stoppen, muss der öffentliche Sektor gestärkt werden. Dazu sind höhere Steuereinnahmen und eine entsprechende Politik der Gewerkschaften und Angestelltenverbände nötig.

...

Weg mit den Robinsonaden

Grob gesagt arbeiten Männer überwiegend in Wirtschaftsbereichen mit relativ hoher Produktivität und mit hohen Gewinnerwartungen; in den andern Bereichen haben sie vorwiegend Führungspositionen inne. Frauen wenden achtzig Prozent ihrer bezahlten und unbezahlten Arbeitszeit für Tätigkeiten auf, die mit der Sorge für andere Menschen und mit der täglichen Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen zu tun haben - Männer deutlich weniger. Man kann also von einer Akkumulationswirtschaft der Männer und von einer Care-Ökonomie der Frauen reden.“

Weitere These: Das Gesundheitswesen ist ein «strategischer Ort» der aktuellen und kommenden wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen

(s. dazu Madörin, Mascha (2007b): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Jahrbuch 2007 des Denknetz. Zürich, S. 141-162. Online verfügbar).

Gesellschaftskritische Debatten richteten sich bis heute nie – oder nur als «Nebenfrage» – auf die Organisation und Zukunft der «anderen Ökonomie».

Das muss sich ändern.

Literatur/Studienliste von Mascha Madörin zur Care Ökonomie, Neoliberalismus, zum Finanzsektor und zu Gender Budgets

Auswahl: Artikel und Veröffentlichungen zur Care Ökonomie und zur feministischen Ökonomie

In Vorbereitung zur Veröffentlichung per Ende 2009/anfangs 2010:

- Drei Forschungsberichte zur Schweiz im Rahmen der UNRISD-Forschung „Social and Political Economy of Care“

- Artikel „Care Ökonomie – Herausforderungen für die Wirtschaftswissenschaften“ für eine Veröffentlichung des Fachgebietes „Gender und Globalisierung“ der Humboldt-Universität in Berlin.

- Co-Redaktorin für das Heft Nr. 30 (Dez. 09) von Olympe-Feministische Arbeitshefte zur Politik, Schwerpunktthema ist die Care Ökonomie. (erscheint Mitte Dezember)

_, (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Jahrbuch 2007 des Denknetz. Zürich, S. 141-162. www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Madorin.pdf

- _, (2007): Ökonomie der Beziehungsarbeit in der Pflege – Finanzierung von Care-Leistungen, Referat anlässlich des 6. Symposium Pflegebeziehung: Beziehungsarbeit - Eine wertvolle Billiglinie? Psychiatrische Klinik Wil, 11. Mai 2007, Schriftliche Version online verfügbar.
- , (2006) Zur politischen Ökonomie der Differenz zwischen Frauen mit und Frauen ohne Kind. Ein Versuch, in: Olympe, Feministische Arbeitshefte zur Politik Nr. 23/2006, 22-35.
- _, (2006): Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Niechoj T., Tullney M. (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, Marburg: 277-297
- _, (2005a): Feministische Ökonomiekritik und Wirtschaftspolitik. In: Widerspruch 48, Zürich, 179-186
- _, (2005). Die Pflege – eine Herausforderung für die Gesundheitsökonomie, In: Managed Care 7/8, 20-21 (online verfügbar)
- , (2001) Die Hausfrauisierung der Zivilgesellschaft, in: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft15/2001, 92-95.
- , (2000) Arbeitspolitik für alle – Kritische Punkte aus feministischer Sicht, in: Peter Ulrich et al., Arbeitspolitik für alle. Eine Debatte zur Zukunft der Arbeit. Bern/Stuttgart/Wien: Verlag Paul Haupt, 67-80.
- , (1999): Robinson Crusoe und der Rest der Welt, in: Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate Lorenz (Hg.) Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit & Zuhause. Berlin: b_books, 132-155.
- , (1997): Die Ökonomie und der Rest der Welt. Überlegungen zur Problematik einer feministischen Politischen Ökonomie, in: Diskussionskreis „Frau und Wissenschaft“ (Hg.), Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Fraune zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode. Frankfurt/New York: Campus, 78-106.
- , (1997): Auswirkungen von Deregulierungsmassnahmen auf Frauen. Eine Bibliographie mit Kommentaren und Zusammenfassungen. Hrsg. von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, Bern.
- _, (1996): Der kleine Unterschied – in Milliarden Franken. Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen aus feministischer Sicht, in: Widerspruch 31/96, Zürich, 127-142.
- Madörin, Mascha/ Plüss, Christine (1996): Der Duft der Blumen am Rande des Weges. In: Grütter K./ Plüss C.: Herrliche Aussichten! Frauen im Tourismus. Zürich: Rotpunktverlag, 132-152

Auswahl: Text zu Globalisierung, Neoliberalismus, Schuldenkrise

- , (2001) Zur Verknüpfung von Kapitalismus und Männerherrschaft, in: Elmar Altvater et al., Neoliberalismus, Militarismus, Rechtsextremismus, Wien: Promedia, 125-142.
- , (2000) Der Finanzsektor und die Macht, Sachzwänge zu schaffen, in: Birge Krondorfer/Carina Mostböck (Hg.), Frauen und Ökonomie. Oder: Geld essen Kritik auf. Kritische Versuche feministischer Zumutungen, Wien: Promedia, 119-131.
- , (1998) Wie das internationale Finanzsystem Zukunft kontrolliert, in: Widerspruch 18.Jg/1998 Heft 36, Zürich, 42-50.
- , (1996) Die Hausfrauen des Weltmarktes. Auswirkungen der globalen Verschuldung, in: Frauensolidarität Heft 2/1996, Wien, 9-11.
- , (1995) Perspektivenkrise für Männer? Familienmoral für Frauen! Zur neoliberalen Umordnung der Geschlechterverhältnisse in den USA, in: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, Heft 3/1995, Zürich, 36-43.
- , (1994) Wenn Männer wirtschaften. Die patriarchale Logik des neoliberalen Wirtschaftssystems, in: Zukunft Heft 5/1994, Wien: Berger Institut, 9-15.
- , (1993) Zur neuen Welt(un)ordnungspolitik. Fünf Thesen aus feministischer Sicht, in: Frau ohne Herz Nr. 32/1995, Wien, 4-10.
- , (1992) Mythos Wirtschaftswissenschaft. Frauen als Objekte eines höheren Zwecks, in: Arbeitsgruppe Strukturanpassung und Frauen (Hg.), Von der Vernicht(s)ung der Frauen. Zur Wirtschaftspolitik und –theorie von IWF und Weltbank. Bern, 10-21.

Publikationen und Studien zu Gender Responsive Budgeting

- _ (2007) Geschlechtergerechte Budgetinitiativen in der Schweiz: Ein Werkstattbericht, hrsg. vom Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Bern. Ins Englische übersetzt für die Website der UNIFEM www.gender-budgets.org/.
- _, und Thor Erik Maeder (2006): SDC Gender-Responsive Budgeting Pilot Project: Towards Gender-Responsive Programme Planning and Budgeting, Bern: Deza.
- _ (2006): Gender Budgeting: Zwischen Gender Mainstreaming in Projekten und Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik. Ein Werkstattbericht. In: Dokumentation des Ersten Fachkongresses über Gender

Mainstreaming/Gender Budgeting in der Berliner Verwaltung vom 19. Juni 2006, Hrsg. von Ute Weinmann, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Gechnologie und Frauen, Berlin, S.69-81.

__ (2006): Geschlechtergerechte Staatsfinanzen, in: attac (Hg.): Kassenkampf. Argument gegen die leere Staatskasse. Zürich: Ropunkt, S. 161-170. (auch in Französisch).

__ (2006): Gender Budgeting aus Schweizer Sicht: Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming, in: Ruperta Lichtenecker und Gudrun Salmhofer (Hrsg.): Gender Budgeting. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich; Innsbruck: Studienverlag, S.115-130. Dieser Artikel ist auch erschienen in der Zeitschrift Widerspruch 23. Jg. Nr. 1, 2003.

__ (2005): Gender-relevante Budgetanalysen in der Deza. Eine Machbarkeitsstudie, Bern: Deza.

__ (2004): Gender Budgeting: Einfach ist es in keiner Phase, aber machbar. Erfahrungen mit geschlechterrelevanten Analysen der Staatsausgaben in Basel und in Zürich, In: Frauenabteilung der Stadt Wien (Hg.) Gender Budgeting 2004. Wege zur geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Güter und Leistungen, Wien.

__ (2004): EnGENDERing Budgets - Eine Herausforderung für ÖkonomInnen, in: Luise Gubitzer und Birgit Trukeschitz (Hrsg.): Frauen und Budget. Band 15 der Reihe Frauen, Forschung und Wirtschaft. Frankfurt/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien: Peter Lang, S. 23-44. Dieser Artikel ist eine revidierte Fassung des Referats an der Tagung des Basler Gleichstellungsbüros und des Frauenrats zu „Gender Balance – Equal Finance“ vom 19. März 2003 in Basel.

__, und Pfeifer, Andrea (2003): Ausgaben des Kantons Basel-Stadt und unbezahlte Arbeit, in: Gleichstellungsbüro, Statistisches Amt und Frauenrat des Kantons Basel-Stadt (Hg.): Der kleine Unterschied in den Staatsfinanzen. Geschlechterdifferenzierte Rechnungsanalysen im Kanton Basel-Stadt. Basel, S.109-150. (online bei der Frauenkommission in Basel verfügbar)

__, (2002): Geschlechtsspezifische Budget-Analyse der Abteilung Jugend und Sport im BASP. Eine Analyse der J+S-Subventionen, erhältlich beim BASPO, Magglingen (unveröffentlicht).

- (2001): Autorin/Mitarbeit bei der Broschüre: Freier Blick auf Budgets! Kichenbudgets aus Frauensicht, hrsg. von der Ökumenischen Arbeitsgruppe im Rahmen der Kampagne 2001 „Neue Noten braucht das Geld“ von Brot für alle und Fastenopfer, Basel, Luzern. (auch in Französisch, unveröffentlicht)

__, (2001): Geschlechtsspezifische Budgetanalyse. Fragestellungen, Methoden und Institutionelle Arrangements im Ausland und in der Schweiz. Dokumentation im Auftrag des Büros für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich. (auch in Französisch, unveröffentlicht)

__, (2001): Geschlechtsspezifische Budgetanalysen. Chronologie und Bestandesaufnahme parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen in der Schweiz. Zusammengestellt im Auftrag des Gleichstellungsbüros Basel-Stadt. (auch in Französisch, unveröffentlicht)

__, (2001): Ein wirtschaftlicher Verhältnisblödsinn, Unterlagen zur Pressekonferenz zur Betriebsschliessung des Mädchentreffs Zürich vom 27.3. 2001, in: Anne Beer und Priska Fritschi: Eine Reise in die Mädchenarbeit, 11 Jahre Mädchentreff Zürich, Zürich: Förderverein Mädchentreff.

__, (2000): Welcher Teil des Kuchens für die Frauen? Städtische Finanzen für Gleichstellungsstellen, für Frauenprojekte und für Künstlerinnen in den letzten zehn Jahren, in: Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich (Hg.): geschlechtgleichstellung. Frauen in der Stadt Zürich 1990-2000. Eine Bilanz, Zürich, S. 25-36.

__, (1999): „EnGENDERing Budgets in Switzerland: An Analysis of New Initiatives, Report to the UNDP-Workshop on Pro-Poor, Gender and Environment-Sensitive Budgets New York, June 28-30 1999, unveröffentlicht.